

Michel Wieviorka

# Die Gewalt

Aus dem Französischen  
von Michael Bayer

Hamburger Edition

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH  
Mittelweg 36  
20148 Hamburg  
[www.Hamburger-Edition.de](http://www.Hamburger-Edition.de)

© der gekürzten deutschen Ausgabe 2006 by Hamburger Edition  
© der Originalausgabe 2004 by Éditions Balland; 2005 by Hachette Littérature, Paris  
Titel der französischen Ausgabe: »La Violence«

Redaktion: Roswitha Schmid  
Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras  
Typographie und Herstellung: Jan Enns  
Satz aus Stempel Garamond von Dörlemann Satz, Lemförde  
Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck  
Printed in Germany  
ISBN 10: 3-936096-60-0  
ISBN 13: 978-3-936096-60-6  
1. Auflage März 2006

# Inhalt

Einleitung	9
<b>Erster Teil: Auf dem Weg zu einem neuen Paradigma</b>	<b>13</b>
<b>Kapitel 1 Gewalt und Konflikt</b>	<b>16</b>
Die Erfahrung der Arbeiterbewegung	19
Das Ende des Kalten Kriegs	29
Begrenzte Konflikte	33
Gegen Georges Sorel, mit Frantz Fanon	35
Schlussfolgerungen	40
<b>Kapitel 2 Gewalt und Staat</b>	<b>43</b>
Der Staat, Zentrum des Problems?	43
Die große Unordnung	44
Die Macht im Staat ergreifen, einen neuen Staat schaffen	49
Von der politischen Gewalt zur infra- und meta-politischen Gewalt	54
Die individuelle Gewalt	61
Die Intellektuellen und die Gewalt	65
Über eine berühmte Formel Max Webers	69
<b>Kapitel 3 Das Hervortreten der Opfer</b>	<b>79</b>
Die Geburt des Opfers	81
Gewalt als Negierung des Subjekts	95
<b>Zweiter Teil: Das Kennzeichen des Subjekts</b>	<b>109</b>
<b>Kapitel 4 Gewalt, Sinnverlust und Sinnengewinn</b>	<b>111</b>
Der Sinnverlust	112
Die Überfülle an Sinn	122
Die Selbsterstörung	125
<b>Kapitel 5 Die Hypothese vom »Nicht-Sinn«</b>	<b>131</b>
<b>Kapitel 6 Die Grausamkeit</b>	<b>148</b>
Exzess, Lust und Wahnsinn	149
Die Lust	154
Die Funktionalität der Grausamkeit	156
Die Bedeutung der Situation	165

<b>Kapitel 7 Der Ausdruck des Subjekts</b>	178
Der Begriff des Subjekts	178
Das Subjekt und die Gewalt	182
Fünf Figuren des Subjekts	186
Die Gewalt als begründende Kraft	199
<b>Schlussbemerkungen</b>	207
Der große Sprung	207
Das Böse und das Gute	209
Literaturverzeichnis	215
Dank	226
Personenregister	227

## Kapitel 2

### Gewalt und Staat

#### Der Staat, Zentrum des Problems?

Die klassische Analyse der Gewalt unterscheidet verschiedene Ebenen. So schlug zum Beispiel in den 1960er Jahren Pierre Hassner drei unterschiedliche Betrachtungsebenen vor. Die erste war die des internationalen Systems, die seiner Ansicht nach damals »vom bipolaren Gleichgewicht durch Abschreckung und in Europa von der territorialen Aufteilung in zwei Blöcke«<sup>1</sup> bestimmt war. Die zweite war die der Staaten mit ihren innenpolitischen und diplomatischen Anliegen und die dritte die der Gesellschaften innerhalb der Staaten mit ihren je eigenen politischen Systemen, Strukturen und ihrer spezifischen Dynamik. Diese Unterscheidung, die ich selbst in meinen Arbeiten über den Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre<sup>2</sup> benutzt habe, trifft sicherlich immer noch weitgehend zu. Aber da sie ganz auf den Staat zentriert ist, in dem sie den wahren Problemknoten sieht, wird sie heute auf Grund beträchtlicher Veränderungen in Frage gestellt, die es nötig machen, nach neuen Analysekatégorien zu suchen und nicht mehr alles, oder fast alles, auf den Staat zurückzuführen.

Über Gewalt auf internationaler Ebene nachzudenken hieß früher klassischerweise, zwischenstaatliche Beziehungen zu untersuchen, die Gewalt einschließen konnten, also im Grunde genommen über Frieden und Krieg zwischen Staaten nachzudenken oder, wie es Raymond Aron in seinem Hauptwerk ausdrückte, zwischen Nationen.<sup>3</sup> Bei der Analyse der Gewalt auf der Ebene des Staates richtete sich das Interesse vor allem auf die Versuche der politischen Akteure, die Macht im Staat zu erobern, zum Beispiel auf den Bürgerkrieg oder die revolutionäre Aktion, zum anderen aber auch auf die historischen Prozesse, die zur Schaffung unabhängiger Staaten führen, ausgehend von einer kolonialen Situation oder einer der nationalen Abhängig-

---

1 Hassner, »De guerre et paix«, S. 11.

2 Wiewiorka, Sociétés et terrorisme.

3 Aron, Frieden und Krieg.

keit. Und bei der Betrachtung der Gewalt in der Gesellschaft, innerhalb der Staaten, untersuchte man Verhaltensweisen, die als Bezugsrahmen den Staat haben, und sei es nur darum, weil dieser nach einer berühmten Formulierung Max Webers, auf die wir noch zurückkommen werden, das legitime Gewaltmonopol ausüben soll: Jede andere Gewaltäußerung, die nicht vom Staat kommt, läuft nach diesem Standpunkt darauf hinaus, dieses Monopol zu bestreiten oder in Frage zu stellen.

In der modernen intellektuellen Tradition wie in den klassischen Politik-, Rechts- und Sozialwissenschaften ist die Frage der Gewalt untrennbar mit der des Staates verbunden, auch wenn sie sich natürlich nicht auf ihn beschränkt. Diese Sicht hat das Denken bis in die jüngste Zeit hinein beherrscht, wobei die konkreten Gewaltphänomene im allgemeinen innerhalb des staatlichen Rahmens erfasst wurden, der nach einer nützlichen Unterscheidung Pierre Hassners durch die darüberliegende (internationale) und darunterliegende (soziale) Ebene ergänzt, aber nicht in Frage gestellt wurde.

Diese Sichtweise ist jedoch nicht mehr ausreichend oder immer weniger passend. Tatsächlich hat sich seit den 1970er Jahren ein tiefgreifender Wandel vollzogen, der sich auf allen Ebenen des Phänomens bemerkbar macht. Sicherlich gibt es weiterhin enge Verbindungen zwischen Gewalt und Staat. Aber es ist nicht länger möglich, die Analyse allzu strikt nur im Rahmen dieser Beziehungen anzugehen, in Zukunft gilt es vielmehr, sich auch anderen Sichtweisen zu öffnen.

## **Die große Unordnung**

Wie wir gesehen haben, war die Welt bis zum Ende des Kalten Kriegs fundamental durch die west-östliche Bipolarität strukturiert. Vor allem auf Grund der Institutionalisierung der Arbeiterbewegung erschien der Nationalstaat als die Formel, innerhalb deren sich das politische, wirtschaftliche und soziale Leben sowie die Kultur organisierten und integrierten.

Das Bild eines Planeten, der, was die Beziehungen zwischen den Staaten anging, durch ein zentrales Konfliktprinzip geordnet war, und dasjenige von Staaten, die fähig waren, im Innern die Verbindung und

Integration von Politik, Wirtschaft und Kultur zu gewährleisten, wurde durch andere Vorstellungen abgelöst. Diese insistieren nicht mehr auf der Idee einer prinzipiellen Trennung, sondern auf zwei anderen gegensätzlichen Ideen. Einerseits sei die Welt auf dem Weg zu einer universellen Vereinheitlichung, einer ökonomischen unter dem unmittelbaren Einfluss der Globalisierung und einer kulturellen als Konsequenz ebendieser Globalisierung, die unter der nordamerikanischen Hegemonie die gleichen kulturellen Güter in der ganzen Welt verbreiten würde; und vielleicht sogar einer politischen, zieht man in Betracht, dass aus der einstigen Supermacht, den Vereinigten Staaten, die sich mit einer anderen, der Sowjetunion, im Konflikt befand, eine konkurrenzlose Hypermacht geworden ist. Im äußersten Fall wäre der Planet in das »Ende der Geschichte« eingetreten, da sich die Demokratie und der Markt überall durchsetze, wie dies kurz nach dem Fall der Berliner Mauer Francis Fukuyama in seinem aufsehen erregenden Buch behauptet hat.<sup>4</sup> Und andererseits wäre die Welt von der Logik einer zunehmenden kulturellen und sozialen Fragmentierung beherrscht vor dem Hintergrund einer wachsenden Machtlosigkeit der Staaten angesichts der wilden und brutalen Kräfte des Marktes.

Der Begriff der Globalisierung hat sich seit den 1990er Jahren allgemein durchgesetzt. Er verweist auf die Liberalisierung des Warenaustauschs, die Internationalisierung der Finanzströme und die weltweiten vereinten Strategien des Kapitals und der Erfinder der neuen Technologien. Über diesen Begriff, aber auch und vor allem über dessen vermutete Konsequenzen hat eine weltweite Debatte eingesetzt. Die Globalisierung wurde wegen ihrer unmittelbaren Auswirkungen auf die Nationalstaaten kritisiert, die sie schwäche, da sie deren Souveränität und die Fähigkeit ihrer Führer, eine eigene wirksame Wirtschaftspolitik zu betreiben, in Frage stelle. Wenn nun aber der klassische Territorialstaat zerfällt, dann verliert nach Ghassan Salamé<sup>5</sup> die

---

4 Fukuyama, Das Ende der Geschichte.

5 »Genauso wie die Entstehung des Territorialstaats vor zwei oder drei Jahrhunderten mit dem zwischenstaatlichen Krieg einherging, ihn erklärte und sich daraus speiste, sind die Auflösung des Territorialstaats und die stetige Zunahme der Bürgerkriege in Wirklichkeit zwei Prozesse, die sich gegenseitig verstärken, wobei der eine den anderen erhellt und begünstigt.« Salamé, Appels d'empire, S. 95.

Form von Gewalt, die mit diesem am unmittelbarsten verbunden ist, der Krieg zwischen Staaten, ebenfalls an Bedeutung zugunsten anderer Formen, zum Beispiel Bürgerkriege und Massaker zwischen unterschiedlichen Ethnien, deren Bedeutung in der heutigen Zeit tagtäglich die Utopie einer immer gewaltloseren Welt, in der die Barbarei beständig auf dem Rückzug sei, Lügen strafe.

Die liberale Globalisierung wurde auch wegen ihrer sozialen und kulturellen Folgen kritisiert: Sie verstärkte die Ungleichheit, schwäche die Identität und bewege manche zum kommunitaristischen Rückzug oder Rückfall in den Nationalismus, wieder andere – oder dieselben – bringe sie dazu, radikal und aggressiv zu werden.

Diese politischen, sozialen und kulturellen Kritikpunkte wurden von Protestlern vorgebracht, die sich zuerst durch ihre Feindseligkeit angesichts der Globalisierung manifestierten, genauerhin durch die Denunzierung ihres neoliberalen Charakters, um dann mehr und mehr zu Initiatoren von Gegenprojekten und »altermondialistischen« Aufrufen zu einer anderen Globalisierung zu werden. Indem sie die Arroganz der ökonomischen Eliten aufzeigten, insbesondere wenn diese sich beim Weltwirtschaftsforum in Davos trafen, und indem sie die Frage nach den Steuerungsmechanismen der internationalen Wirtschaft aufwarfen, haben die Globalisierungsgegner, vor allem anlässlich der großen Protestversammlungen in Seattle (1999), Porto Alegre, Genua usw., schließlich auch einen fundamentalen Punkt herausgestellt: Hinter dem, was man Globalisierung nennt, verbirgt sich einerseits vor allem Leere und große Unordnung, die Erschöpfung der alten Weltordnung, und andererseits der Niedergang der Formen staatlicher Organisation und Integration und der Entwicklungsprojekte, die bis in die 1970er Jahre hinein mit diesen verbunden waren. Diese Unordnung schließt nach Jahren, in denen der Planet einzig und allein den Wirtschaftskräften ausgeliefert zu sein schien, die Rückkehr des Staates nicht aus, angefangen mit den Vereinigten Staaten, die durch die Anschläge vom 11. September 2001 dazu gebracht wurden, sich als Kriegsstaat zu konstituieren, gegen den Terrorismus, und nicht nur gegen diesen, wie man im März 2002 mit dem Irakkrieg sehen konnte.

In diesem Kontext, der mit dem Begriff Globalisierung eher vage bezeichnet wird, muss heute über Gewalt nachgedacht werden. Die große internationale Unordnung kann in der Tat bestimmte Staaten auf den Weg der Gewalt und des Bellizismus bringen – die von der

Propaganda der nordamerikanischen Administration angeprangerten »Schurkenstaaten«, zu denen man aber auch, folgt man dem kritischen Intellektuellen Noam Chomsky, die Vereinigten Staaten selbst rechnen müsste. Zusammen mit dem Niedergang der klassischen Formen staatlicher Integration bringt dieser Kontext bestimmte Akteure, diesseits oder jenseits von Staat und Nation, dazu, sich auf die von Hans Magnus Enzensberger so genannte »molekulare Gewalt«<sup>6</sup> einzulassen oder sich an Kämpfen zu beteiligen, die sich im Gegenteil als metapolitisch, religiös erweisen, wobei es um weit mehr geht als die bloße Verlängerung der Politik durch den Krieg, was zum Beispiel für den globalen Terrorismus gilt, der seit dem 11. September 2001 allein durch den Namen Bin Laden symbolisiert wird.

Die Gewalt erlaubt somit manchmal einer Gruppe mit einer ganz bestimmten kulturellen Identität, sich als resistent gegenüber der globalisierten Wirtschaft zu präsentieren. Umgekehrt kann sie auch ein Mittel sein, das es einer solchen Gruppe erlaubt, an der Globalisierung teilzuhaben, ohne sich darin aufzulösen oder zu verlieren. Ob es sich um defensive, widerständige oder um gegenoffensive Verhaltensweisen handelt, die eine Teilnahme an der globalen Modernität ermöglichen sollen, oder ob es für den jeweiligen Akteur darum geht, diesen oder jenen Aspekt der Modernität zu bekriegen, mit dieser zu brechen oder in ihr seinen Platz zu finden, so muss man doch sehen, dass der Rahmen, innerhalb dessen die gewaltsame Aktion gedacht werden kann, nicht notwendigerweise der Staat ist, dass er viel größer sein kann, ja sogar in weltweitem Maßstab, wie beim Terrorismus Bin Ladens, was ihn allerdings in keiner Weise daran hindert, gegebenenfalls eng lokalisiert zu sein.

In der heutigen Welt verlaufen die sozialen und kulturellen Brüche nicht mehr entlang der zwischenstaatlichen Grenzen. Sie können Länder, ja sogar ganze Regionen, die »in« sind, von denen trennen, die es nicht sind, die »out« sind, gleichzeitig aber auch innerhalb der entwickeltesten Länder und Regionen eine sehr große Rolle spielen; sie können die Gestalt von Diaspora-Phänomenen annehmen, bei denen sich die eventuellen Forderungen der Akteure nicht nur an einzelne

---

6 Enzensberger, Die große Wanderung; ders., Aussichten auf den Bürgerkrieg.

Staaten richten, sondern sich darüber hinaus in den politischen Raum mehrerer Staaten einschreiben, wie es bei der von Hamit Borzarslan treffend analysierten Kurdenfrage der Fall ist.<sup>7</sup> Oder sie können auch mit dem Aufschwung von Religionen einhergehen, wobei hier zuerst der Islam zu nennen wäre, dessen Karte nicht mit derjenigen der Staaten oder eines weiter gefassten kulturellen Ganzen übereinstimmt, da er genauso in Europa oder den Vereinigten Staaten präsent ist. Dies ist im Übrigen einer der Gründe, warum Samuel Huntingtons fundamentale These vom Clash der Zivilisationen etwas zu kurz zu greifen scheint, da sie die Realität der Präsenz und Dynamik der kulturellen Identitäten in der Diaspora oder der Religionen wie des Islam innerhalb der westlichen Gesellschaften selbst unterschätzt.

Man kann hier noch einen Schritt weiter gehen und zu bedenken geben, dass die »große Unordnung«, die gemeinhin liberale Globalisierung genannt wird und in deren Begriff oft die angenommenen Konsequenzen einer sozialen und kulturellen Fragmentierung mitschwingen, zur *Globalisierung der Gewalt* oder *globalen Gewalt* beiträgt, das heißt, zu einer starken Zunahme ihrer gegenwärtigen zersplitterten Formen, die sowohl auf lokaler Ebene als auch weltweit auftreten können. So bietet zum Beispiel die mit dem radikalen Islam verbundene Gewalt, wie sie gegenwärtig von Algerien bis Pakistan, aber auch von den Vereinigten Staaten über Europa bis Indonesien zu beobachten ist, gleichzeitig das Bild einer entterritorialisierten, vernetzten oder in einem Netzwerk von Netzen auftretenden Aktion, dasjenige einer politisch-religiösen Vision, wie eine ideale Welt aussehen müsste, dasjenige eines gnadenlosen Kampfes zwischen Gut und Böse, aber auch dasjenige von lokalen Kämpfen, bei denen sehr konkrete territoriale Anliegen auf dem Spiel stehen, wie zum Beispiel die politische und ökonomische Kontrolle über eine bestimmte Zone – was uns möglicherweise zum Staat zurückführt, zu klassischen Projekten der Machtergreifung, der Schaffung eines unabhängigen Staates oder des politischen Drucks auf einen bestimmten Staat. Diese Gewalt kann ein weltweites Ausmaß annehmen, wie wir es bei den Anschlägen vom 11. September 2001 gesehen haben, und sich gleichzeitig in begrenzte, da lokale Machtspiele einschreiben. Dies verbietet es,

---

7 Borzarslan, La question kurde.

Gewalt nur im Rahmen eines beliebigen Staates zu denken, ohne dass deswegen der Bezug auf den staatlichen Rahmen hinfällig würde: Auch wenn sich Bin Ladens globaler Terrorismus das Projekt einer bestimmten politischen und religiösen Weltordnung vorgenommen hat, so verfolgt er doch ganz gewiss auch ein strategisches Kalkül, das auf die politische Zukunft gewisser Einzelstaaten wie zum Beispiel Saudi-Arabiens abzielt.

Gleichzeitig spielen die Diasporen eine wichtige Rolle auf dem Felde der Wirtschaftskriminalität und bei der Unterstützung bewaffneter Bewegungen – eine Rolle, die nicht neu ist, die sich aber durch die von Aline Angoustures und Valérie Pascal so bezeichneten »Vernetzungsphänomene«<sup>8</sup> noch weiter akzentuiert und verstärkt hat. Entstehen innerhalb einer Diaspora Gruppen, die zu Waffengewalt greifen, dann soll damit entweder politischer Druck auf einen ganz bestimmten Staat ausgeübt oder dieser ganz in Frage gestellt werden. So äußerte sich die kurdische Gewalt in den 1980er und 1990er Jahren mitunter außerhalb der Türkei, in der Emigration, zum Beispiel in Deutschland, um die Kräfteverhältnisse zugunsten der PKK zu verändern. Ebenso konnte sich die armenische Diaspora von Mitte der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre in den Geheimaktionen der Armenischen Geheimarmee zur Befreiung Armeniens (ASALA) wiedererkennen, deren Untergrundzellen sogar vor einem blinden Terrorismus nicht zurückschrecken, wie das Attentat auf dem Pariser Flughafen Orly im Juli 1983 gezeigt hat.

Damit müssen wir uns die Globalisierung der Gewalt als ein Phänomen vorstellen, das sich nur zu einem sehr geringen Teil unter das internationale Staatensystem und dessen mögliche bewaffnete Konflikte subsumieren lässt.

## **Die Macht im Staat ergreifen, einen neuen Staat schaffen**

In diesen 1980er und 1990er Jahren gab es auch eine nicht weniger beeindruckende Entwicklung im unmittelbaren Verhältnis der politischen Gewalt zum Staat.

---

8 Angoustures/Pascal, »Diaspora und Konfliktfinanzierung«.

### *Die extreme Linke, die extreme Rechte und die Nation*

In der Tat spielte in der ganzen Welt seit dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1980er Jahre hinein die politische Gewalt und manchmal deren extreme, radikalisierte Form, der linksextreme, rechtsextreme oder nationalistische Terrorismus, eine große Rolle. Wie wir im vorhergehenden Kapitel gesehen haben, ging in den westlichen Ländern, vor allem in Europa, der historische Niedergang der Arbeiterbewegung mit dem Aufkommen von Gruppen einher, die sich weiterhin auf diese beriefen, allerdings auf immer künstlichere Weise, da sich ihr Denken mehr und mehr von den Erwartungen der Arbeiter selbst entfernte. Aus verschiedenen marxistisch-leninistischen Richtungen gingen damals in ihrem Selbstverständnis revolutionäre Gruppierungen hervor, die sich am Ende dieser Periode dem Terrorismus zuwandten – die italienischen Roten Brigaden, die deutsche Rote Armee Fraktion, die französische Action Directe usw. Auch am rechten Rand kam es zu gewalttätigen Aktionen, die von Splittergruppen und Zellen getragen wurden, die möglicherweise Verbindungen zu Geheimdiensten hatten, jedoch weit entfernt waren von der Institutionalisierung der radikalen Rechten, die Ende des 20. Jahrhunderts ihren Anfang nahm. Beispiele hierfür sind die Wandlung der italienischen neofaschistischen Partei und der Erfolg der Front National in Frankreich.

Die Zeiten der politischen Gewalt der extremen Rechten wie Linken sind im Wesentlichen Vergangenheit, zumindest für den Moment. Dennoch ist denkbar, dass sie wieder aufflammen könnte, wie in Italien, wo das Gespenst der Roten Brigaden in regelmäßigen Abständen durch die politische Landschaft geistert, oder sogar in eine neue Ära eintreten könnte, in der solche Phänomene erneut Platz und für sie günstige Bedingungen finden könnten. Man sollte auch für die Zukunft die Rückkehr marxistisch-leninistischer Ideologien und von ihnen inspirierter Gewaltbewegungen nicht ausschließen, wie man es Ende des 20. Jahrhunderts in Mexiko sehen konnte, wo die Guerillabewegung der Ejército Popular Revolucionario (EPR) wieder auftauchte und einen Kurs einschlug, der in vieler Hinsicht an die 1960er oder 1970er Jahre denken ließ, oder in Peru, wo Anfang des 21. Jahrhunderts der »Leuchtende Pfad« wieder auf der Bildfläche erschien, sowie in Kolumbien, wo es – wenn auch in pervertierter Form – weiterhin eine Guerillabewegung gibt, die sich immer noch auf den Marxismus beruft.

Die politische Gewalt der 1950er, 1960er und 1970er Jahre war nicht nur mit einem linken oder rechten Stempel versehen, sie konnte sich auch auf andere Bedeutungszusammenhänge beziehen, die dieser Trennung mehr oder weniger fremd waren, angefangen mit dem Begriff der Nation. Ein herausragendes Phänomen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war in der Tat die starke Zunahme der nationalen Befreiungskämpfe, die sich in vielen Fällen mit marxistisch-leninistischen Ideologien verbanden und manchmal die Form eines Guerillakrieges annahmen, um dann, wenn ihnen Erfolg beschieden war, mit der Schaffung neuer Staaten und neuer Regime zu enden.

Die mit einer nationalen Sache verbundene Gewalt bleibt auch weiterhin eine fundamentale Realität unserer gegenwärtigen Welt, ist aber im globalen Maßstab nicht mehr so bedeutend wie in den 1950er bis 1970er Jahren. In zahlreichen Fällen kann der Nationalismus, auch der im Herzen der mächtigsten Länder, heute wie gestern eine beträchtliche Kraft entwickeln, ohne aber mit einem kollektiven Projekt der Emanzipation durch Gewalt verbunden zu sein. Als Selbstbehauptung von Teilen einer Bevölkerung, die ihre soziale und kulturelle Eigenart bedroht sehen oder die Distanz zu anderen, armen, Bevölkerungsteilen wahren möchten, die sie als Hindernis für die Entwicklung ihrer eigenen Region betrachten, macht sich dieser Nationalismus heute in ganz Europa bemerkbar. Beispiele hierfür sind der Vlaams Blok in Flandern, die Lega Nord in Italien, die FPÖ in Österreich, der Front National in Frankreich usw. Er schwankt meist zwischen Populismus und extrem rechter Thematik und scheint im Großen und Ganzen eher als Sperre gegen eine Versuchung zur Gewalt zu dienen, als diese zu befördern. Denn je mehr dieser Nationalismus als Matrix des politischen Handelns innerhalb einer Demokratie betrachtet werden will, desto mehr benötigt er eine Respektabilität, die ihn davon absehen lässt, zur Gewalt zu greifen oder sie zu unterstützen. Letztere kann aber trotzdem an den Rändern der nationalen Bewegungen oder in Krisenzeiten mit ihm eine Verbindung eingehen. Sie lässt sie einen radikaleren Ton anschlagen und sehr schnell auf eine eher völkische, ja rassistische als im eigentlichen Sinne nationalistische Ebene abheben. Und da sie nicht mehr wie in der Erfahrung fremder Unterdrückung und des Kolonialismus die Befreiung einer Nation herbeiführen soll, verrät sich in ihr eher die Sorge, diese vor äußeren Bedrohungen und Einflüssen zu schützen und sie von allem zu reinigen, was ihre Homogenität beflecken könnte.

Aber wir sollten uns davor hüten, die gegenwärtige Entwicklung als Einbahnstraße zu sehen, und sollten weder die Nation – die der Historiker Eric Hobsbawm<sup>9</sup> zu Unrecht als überholte Realität ansieht – noch die Gewalt vorschnell begraben, nach der ihre Bestätigung und Verwirklichung in einem Staat verlangt. Allein die Auseinandersetzung im Nahen Osten zwischen Israel und den Palästinensern, in der es immer noch um eine der großen Fragen der gegenwärtigen Welt geht, dementiert jede Behauptung eines historischen Niedergangs der Verbindung zwischen Nation und Gewalt.<sup>10</sup> Die Vorstellung maßgeblicher Formen der Gewalt, die von Akteuren getragen wird, die die Macht im Staat ergreifen oder einen neuen, unabhängigen Staat schaffen wollen, mit all seinen Attributen, um deren Kontrolle es ihnen geht, diese Vorstellung hat an Boden und Bedeutung verloren. Auch dies erlaubt uns, die Gewalt anders zu denken als in ihrer exklusiven, oder auch nur privilegierten, Beziehung zum Staat. Doch auch diese Perspektive hat sich historisch noch nicht erledigt.

#### *Der wachsende Einfluss der Identitäten*

Zur selben Zeit, als die nach dem Zweiten Weltkrieg dominierenden Formen politischer Gewalt, die der extremen Linken, der extremen Rechten und – vorsichtig formuliert – die der nationalistischen Gewalt, schwächer wurden, rückten neue – identitäre und vor allem ethnische und religiöse – Gewaltmanifestationen in den Vordergrund. In einigen Fällen erscheint die Identität als ein Mittel, das sich gelegentlich auch auf gewaltsame Weise mobilisieren lässt, um dadurch wirtschaftliche oder politische Ziele zu erreichen, in anderen scheint sie eher eine grenzenlose Barbarei zu begründen, die sich in ethnischen

---

9 Hobsbawm schreibt: »Schließlich bedeutet allein schon die Tatsache, dass Historiker zumindest damit beginnen, in der Erforschung und Analyse von Nationen und Nationalismen Fortschritte zu machen, wie in so vielen ähnlichen Fällen, darauf hin, dass das Phänomen einen Zenit bereits überschritten hat. Die Eule der Minerva, die uns Klugheit bringt, breitet nach Hegel ihre Flügel immer erst in der Dämmerung aus. Es ist ein gutes Zeichen, daß sie ihre Kreise inzwischen über Nationen und Nationalismus zieht.« Nationen und Nationalismus, S. 221.

10 Zu diesem speziellen Punkt sei es mir erlaubt, auf meinen Aufsatz hinzuweisen: »Quatre figures du nationalisme: la question de la violence«.

Säuberungen und Massentötungen ausdrückt, welche von einem Hass und einer Grausamkeit zeugen, die weit über das hinausgehen, wovon die klassischen politischen oder ökonomischen Auseinandersetzungen geprägt waren.

Der Ausdruck kultureller, religiöser, ethnischer, regionalistischer oder anderer Identitäten scheint häufig der Wiederkehr seit langem etablierter Traditionen und Formen zu entsprechen, als handle es sich um vormalige Bedeutungen, die in der gegenwärtigen Welt neue Möglichkeiten fänden, trotz der Fortschritte der Modernität wieder aufzutauchen und sich neu zu manifestieren. In Wirklichkeit aber sind diese Identitäten trotz ihres traditionellen, ja fundamentalistischen Anstrichs im Wesentlichen neue historische Konstrukte, die nichts Natürliches an sich haben und vormalige identitäre Bruchstücke neu verwerten und »zusammenbasteln«; sie werden sehr viel mehr produziert als reproduziert, sind eher Erfindung als Tradition.<sup>11</sup> Aus diesem Grund kann die eventuell von ihnen ausgelöste Gewalt, wie immer auch deren Manifestationen aussehen mögen, nicht auf die Vorstellung einer wie auch immer gearteten Erbschaft der Vergangenheit reduziert werden. Jean Baudrillard hat somit Recht, wenn er behauptet, dass »man, anstatt die Wiederkehr einer atavistischen Gewalt zu beklagen, erkennen sollte, dass es unsere Modernität selbst, unsere Hypermodernität, ist, die diese Art von Gewalt und diese speziellen Konsequenzen hervorbringt, zu denen auch der Terrorismus gehört«.<sup>12</sup>

Wenn also in einigen Fällen diese identitäre Gewalt sehr schnell auf Projekte oder Utopien der Machtergreifung oder Schaffung eines Nationalstaats hinausläuft, wenn sich zum Beispiel der Bezug zur Religion in den Rahmen eines Nationalismus einschreibt, den diese begleitet oder noch schürt, oder wenn diese Gewalt von Grund auf innerhalb einer staatsinternen politischen Strategie gedacht wird, scheinen in anderen Fällen das Projekt oder die Absichten des Akteurs diesseits oder jenseits der staatlichen Ebene angesiedelt zu sein. Dies nötigt uns, den Begriff der politischen Gewalt kritisch zu überprüfen.

---

11 Vgl. Wiewiorka, *Kulturelle Differenzen*; Wiewiorka/Ohana (Hg.), *La Différence culturelle*.

12 Baudrillard, »Le degré Xerox«.

## Von der politischen Gewalt zur infra- und metapolitischen Gewalt

Die Bedeutungen, die in der Vergangenheit die Gewalt auf der politischen Ebene verorteten, entfernen sich, auch wenn sie in Kontakt mit ihr bleiben, heute immer weiter von dieser Ebene, zum einen nach unten, indem sie sich privatisieren und demzufolge zur öffentlichen Sphäre in Distanz treten – dies ist die infrapolitische Gewalt –, zum andern nach oben, indem sie der jeweiligen Aktion religiöse Dimensionen verleihen, die das Politische einem übergeordneten Prinzip, dem Guten und Heiligen, unterordnen – dies ist die metapolitische Gewalt.

### *Die infrapolitische Gewalt*

Seit den 1980er Jahren ist die wachsende Privatisierung der Wirtschaft, vor allem da, wo diese vordem vom Staat stark kontrolliert oder geregelt worden war, ein massiver Antrieb, auch die Gewalt zu privatisieren, wodurch sich deren möglicherweise politischer Charakter abschwächt. Ihre Protagonisten interessieren sich nun tatsächlich weniger für die Staatsgewalt oder ihre Einbindung in ein politisches System, als für das Projekt, den Staat auf Distanz zu halten, um sich bestimmten wirtschaftlichen Aktivitäten, wie dem Handel mit Drogen, Hehlereiwaren, Kindern, menschlichen Organen usw., widmen zu können.

Heute bietet sich ein beeindruckendes Bild: Guerillakämpfer verändern sich, wandeln sich zu Verwaltern von Territorien, wo sie sich mit dem Drogenhandel verbünden oder diesen, wie in Kolumbien, ganz an sich reißen können, oder sie beuten einfach Ressourcen aus, die an sich nicht illegal sind, aber ohne sich dem Staat unterzuordnen, also ohne Steuern, Abgaben oder Zölle zu zahlen. Andere, oder dieselben, fordern ihren Teil an den Erdölerträgen ein. Akteure, die in der Spirale des Terrorismus und Antiterrorismus gefangen sind, entpuppen sich, wie im Algerien der 1990er Jahre und zu Beginn dieses Jahrhunderts, als gefährliche Dealer, für die der Gelderwerb wichtiger wird als ein politisches Projekt, auf das sie jede Hoffnung aufgegeben haben – darauf deutet die Untersuchung des bewaffneten Kampfes in Algerien hin, wo verschiedene Geschehnisse auf Konflikte zwischen islamistischen Gruppen, oder zwischen einigen dieser Gruppen und

den Streitkräften, verweisen, bei denen es um das lokale Monopol für Erpressung oder illegalen Handel, das so genannte »Trabendo«, geht, wobei es sich um illegale Waren wie auch um konventionelle Produkte, vor allem Lebensmittel, handeln kann.<sup>13</sup> Vor allem auf dem Gebiet des ehemaligen sowjetischen Imperiums und Ex-Jugoslawiens entwickeln sich mafiose Gruppen, die bereit sind, zur Gewalt und zu den Waffen zu greifen, um ihre Interessen zu verteidigen und zu befördern. Sie sind auch bereit, sich gegen den Staat zu wenden, wenn dieser sich zu sehr in ihre Angelegenheiten einmischt oder nicht genug Abstand hält – die Ereignisse in Italien Anfang der 1990er Jahre mit der Ermordung hochgestellter Vertreter des Staates sind hierfür ein bezeichnendes Beispiel. Dort, wo es in den 1970er Jahren zu – zahlenmäßig wenigen – Fällen von Entführungen aus politischen Gründen kam, zum Beispiel in Brasilien (seit der Jahrtausendwende hat dieses Phänomen wieder abgenommen), hat sich diese Praxis weiterentwickelt, aber zu äußerst niederträchtigen Zwecken – eine Bemerkung, die für viele andere illegale und brutale Erpressungspraktiken zutreffen dürfte.

Die Privatisierung der Gewalt wird dann pervertiert, wenn diejenigen, denen allein der legitime Einsatz von Gewalt zusteht, wie die Polizei und die Streitkräfte, sie benutzen, um sich selbst zu bereichern, und dabei ihre Waffen und ihre Straffreiheit missbrauchen. Sie bedeutet nicht zwangsläufig einen Rückfall in die Barbarei oder das Gesetz des Dschungels. Aber sie nähert sich diesem Zustand an, indem sie mehr oder weniger wilde Verhaltensweisen erlaubt mit schlimmstenfalls der Bereitschaft, jeden zu terrorisieren, der sich den Interessen und der Macht der Akteure, die die solchermaßen missbrauchte und privatisierte Gewalt ausüben, entgegenzustellen scheint. Eine unmittelbare Konsequenz der Privatisierung der Gewalt und der

---

13 Vgl. Labat, *Les islamistes algériens*; Martinez, »Les groupes islamistes«. Für diesen Forscher ist die GIA in vieler Hinsicht zu einem Phänomen der mittelständischen Wirtschaft und des Import-Export-Handels geworden, die nicht mehr der staatlichen Aufsicht unterliegen. Und weiter: »Der Bürgerkrieg ähnelt drei Jahre nach seinem Ausbruch mehr und mehr einem Instrument des sozialen Aufstiegs und der persönlichen Bereicherung.« Dies stellt einen extremen Standpunkt dar, in dem das Politische völlig verblasst.

wachsenden wirtschaftlichen Aktivitäten kollektiver bewaffneter Kräfte ist die Tatsache, dass die Zivilbevölkerungen in dramatischer Weise unter räuberischen Übergriffen zu leiden haben, die völlig straffrei ausgehen. Eine weitere Konsequenz liegt darin, dass das organisierte Verbrechen, auch dann, wenn sein Ursprung einmal ein politischer war, eine gewisse politische Ruhe braucht, um sich unter günstigen Umständen entwickeln zu können: Mafiaorganisationen und Gangsterbanden sind wenig geneigt, politisches und soziales Protestverhalten auf den von ihnen kontrollierten Territorien zu dulden, denn ein solches Verhalten könnte die Aufmerksamkeit der Medien auf sich ziehen oder sogar eine Intervention der öffentlichen Gewalt herbeiführen. Aus diesem Grund sind in Frankreich unter den einfachen Wohnvierteln und Vorstädten die scheinbar ruhigsten manchmal nicht die friedlichsten, sondern solche, die unter der Kontrolle von Drogendealern oder des organisierten Verbrechens stehen.

Der Übergang von der politischen Gewalt zur Wirtschaftskriminalität kann sich in ökonomisch dynamischen Zonen abspielen, ist aber auch in heruntergekommenen Gebieten möglich, wie Jean-Christophe Rufin beobachtet hat, der feststellt, dass der Investitionsstopp der Großmächte und der wirtschaftliche Zusammenbruch zahlreicher durch Krieg zerstörter Länder »die Guerillabewegungen dazu [gebracht haben], das, was sie früher schon diskreter und bescheidener zu tun pflegten, nun offen und in großem Stil zu praktizieren. [...] Bei den Guerillas der neunziger Jahre zeigt sich die Tendenz zur Stützung auf eine regelrechte Handels- oder Produktionswirtschaft. [...] Diese neuen Mechanismen der Alimentierung von Konflikten sind nach den mit dem Ende des Kalten Krieges einhergehenden internationalen Veränderungen zwar keineswegs aus dem Nichts entstanden. Aber die geänderte Weltlage hat sicherlich zur Ausweitung von Praktiken beigetragen, die bislang marginal waren.«<sup>14</sup>

In einem ganz anderen Register ist die inrapolitische Gewalt in den Demokratien auch ein Charakteristikum rassistischer und fremdenfeindlicher Phänomene. Wenn sich eine Partei der extremen Rechten mit rassistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Ideologie entwickelt, ist es ihr weder möglich, explizit zu gewalttätigem Verhal-

---

14 Rufin, »Kriegswirtschaft in internen Konflikten«, S. 33f.

ten aufzurufen, noch dieses anzuerkennen oder sich damit zu solidarisieren. So wurde in Frankreich der Front National von dem Moment an, als er 1983 das Stadium einer Splittergruppe hinter sich hatte, zu einer Partei, die ihre Einschreibung in den öffentlichen Raum und das politische Feld der Demokratie sowie ihr Wunsch nach Respektabilität jede Gewalt verbieten. In einer Demokratie kann rassistische Gewalt zwar im Grenzbereich des Politischen auftreten, aber über begrenzte Ausrutscher hinaus kann sie nur ein infrapolitisches Phänomen sein, das sich im Wesentlichen auf rassistische Übergriffe (*racial harassments*) oder vereinzelte Ausbrüche beschränkt, die möglicherweise Verbrechen einschließen, zu denen sich kein politischer Akteur bekennen kann.

Aber wir sollten die infrapolitische Gewalt nicht auf die Dekadenz oder Perversion des Politischen reduzieren oder auf die Schließung seines Feldes. Sie kann tatsächlich ein Zögern des Akteurs verraten, der zwischen einem delinquenten oder kriminellen Verhalten und einer mehr politischen Gewalt schwankt, ohne dass es ihm gelänge, sich zu stabilisieren. Sie kann aber auch eine eher vopolitische Form darstellen und darauf hinweisen, dass mit ihr eine Entwicklung anfängt, die früher oder später bis auf die eigentliche politische Ebene emporführen kann. So waren Anfang der 1980er Jahre in Mailand zahlreiche junge Menschen zwischen Delinquenz und linksradikalem Terrorismus hin und her gerissen,<sup>15</sup> bilden die jungen Deklassierten aus Brazzaville Gruppen, die je nachdem als politische Miliz oder bewaffnete Bande auftreten,<sup>16</sup> kann die soziale Wut der »Underdogs« der amerikanischen Gesellschaft sich in einem Groll kristallisieren, der die Reihen der rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Milizen anwachsen lässt, die dem Bundesstaat in Washington und internationalen Organisationen wie der UNO feindselig gegenüberstehen.<sup>17</sup> Und schließlich lässt sich der infrapolitische Charakter bestimmter Äußerungen von Gewalt auf eine Art Demontage zurückführen, wodurch sie in einer bestimmten Situation in dieser Form

---

15 Vgl. Calvi, *Camarade* P. 38.

16 Vgl. Bazenguissa-Ganga, »Milices politiques et bandes armées«; eine vergleichbare Erfahrung wird untersucht von Marchal, »Les mooryaan de Mogadiscio«. Man begegnet diesem Phänomen auch in Haiti.

17 Vgl. Zecchini, »Les ›Freemen‹«, S. 2.

auftritt, gleichzeitig aber mit hochpolitischen Bedeutungen aufgeladen ist, die aus einer ganz anderen Richtung stammen. So sind einige der antisemitischen Akte, deren Wiederaufflammen in Frankreich zu Beginn des 21. Jahrhunderts kaum mit einer politischen Aktion verbunden zu sein scheint, durch den israelisch-palästinensischen Konflikt und die Identifikation mit der Sache der Palästinenser beeinflusst.

### *Die metapolitische Gewalt*

Lange Zeit assoziierte man Modernität mit der Vorstellung von Fortschritt und Vernunft und dem Rückgang von Traditionen und partikularen, vor allem religiösen Identitäten. In dieser Perspektive würde die Gewalt zwar nicht gänzlich verschwinden, sich aber ebenfalls mit der Vernunft verbinden oder andernfalls zurückgehen und damit entweder, zumindest in ihren entschiedensten Äußerungen, einen eher instrumentellen als expressiven oder identitären Charakter annehmen oder aber sich abschwächen.

Tatsächlich aber widerlegt die gegenwärtige Entwicklung diese Zukunftserwartung völlig. Und auch wenn die instrumentelle Gewalt sich massiv behauptet, worauf wir im zweiten Teil dieses Buches zurückkommen werden, ist doch seit dem Ende des 20. Jahrhunderts jene Art von Gewalt, die das Aufkommen kultureller oder religiöser Identitäten begleitet, eine unumstößliche Tatsache. Dieses Phänomen kann sich überdies immer als ein metapolitisches erweisen, das heißt, dass es über die Politik hinausgeht und dadurch zu einem Vehikel für Bedeutungen wird, die ihm einen unnachgiebigen, nicht verhandelbaren Charakter verleihen, eine religiöse, ethische oder ideologische Tragweite, die etwas Absolutes an sich hat. Die Gewalt wird in diesem Fall grenzenlos, und die Ziele, die sie anstrebt, sind vom Standpunkt des *Gewalttäters* aus dermaßen existentiell, dass dieser im äußersten Fall sogar bereit ist, dafür seine eigene Existenz zu opfern, sich selbst zu zerstören, kraft einer Überfülle an Sinn, die er rückhaltlos bestätigt.

Die metapolitische Gewalt ist nicht apolitisch, sie verkörpert eine Zielvorstellung, deren politische Dimensionen gleichzeitig anderen, kulturell und vor allem religiös definierten Dimensionen assoziiert und untergeordnet sind, die keine Konzession dulden.

Die Krise der Moderne, die in den 1980er Jahren unzählige Diskurse über die so genannte Postmoderne ausgelöst hat, begünstigt

diese Art von Gewalt in hohem Maße, in der identitäre Bedeutungen, die jeder Einschreibung in einen Beziehungsraum politischer Art widerstreben, in umso schärferen Formen ihren Ausdruck finden, als die Akteure von Frustrationen mobilisiert werden, die die Moderne in ihnen hat entstehen lassen. Wenn das weltweite Informationssystem die Bilder eines Glücks westlicher Art blitzschnell in die entferntesten Orte zu schicken vermag, wenn der Konsum materieller und kultureller Güter ein täglich im Fernsehen übertragenes Schauspiel oder in den Schaufenstern von Läden sichtbar wird, die zu betreten in Wirklichkeit nicht erlaubt ist, wenn der Zugang zum Geld und den Errungenschaften der Wissenschaft und des Fortschritts verwehrt wird oder verloren ist, während all dies doch bereits in Reichweite schien, kann das Gefühl einer tiefen sozialen Ungerechtigkeit, einer unaufhebbaren Ungleichheit und großen Frustration in bestimmten, zum Beispiel religiösen Werten, in Überzeugungen und Glaubensvorstellungen sublimiert werden. Neben anderen Szenarien ist es dann möglich, dass sich die Gewalt eines bestimmten Akteurs bemächtigt und ihn in politische Projekte verwickelt, in denen die Identität zu einer Ressource wird und das Politische einem höheren Prinzip unterworfen ist, wie Gottes Geboten oder dem allerhöchsten Heil. Die großen islamistischen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre gehen auf diese Logik zurück, indem sie das Politische und das Religiöse miteinander verbanden, wobei letzteres aber dominierte; sie können auch einen extremen Weg einschlagen, sehr weit gehen, plötzlich wiederaufleben und sich zum Beispiel zu einem todbringenden Märtyrertum auswachsen, ein Phänomen, das bereits in den 1980er Jahren die Arbeiten Farhad Khosrokhavars<sup>18</sup> über die jungen iranischen »Bassidschi« zu erhellen vermochten. Es handelt sich dabei um eine Selbsterstörung, die nicht mehr mit den Hoffnungen einer religiösen Utopie verbunden ist, sondern mit deren Auswirkungen und dem damit zusammenhängenden Sinnverlust. Sie können aber auch in ein »kälteres« Märtyrertum abgleiten, das weniger direkt mit der Erfahrung einer lebendigen Gemeinschaft verbunden ist und das seine größte Wirksamkeit im globalen Terrorismus entwickelt, wie er sich bei den Attentaten des 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten gezeigt hat. Auf alle Fälle

---

18 Khosrokhavar, Rupture de l'unanimité; ders., »Le Modèle Bassidji«.

scheint dieses Märtyrertum von tief gehender Hoffnungslosigkeit geprägt zu sein, und wenn es die Gewalt jenseits des Politischen ansiedelt, ist es doch so, dass diese Ansiedlung zwar durch den religiösen Glauben gefördert wird, Letzterer aber doch keine notwendige Bedingung dafür ist. So berufen sich einige der Palästinenser, die auf israelischem Gebiet Selbstmordattentate verüben, nicht auf den Islam, sondern auf die palästinensische Nation, ja auf eine laizistische politische Kraft.

Die metapolitische Gewalt kann ihren Ankerpunkt in nicht befriedigten sozialen Forderungen finden. So präsentiert der Islamismus in seinen radikalsten Dimensionen ein soziales Gesicht, getragen von landflüchtigen Bauern, die von der großen Stadt enttäuscht wurden, wo sie an einen sozialen Aufstieg geglaubt hatten, oder von Unterprivilegierten, denen es nicht gelang, ihre Schwierigkeiten in eine gesellschaftliche Bewegung umzusetzen oder einer solchen Bewegung wirklich Leben zu verleihen: So hat sich zum Beispiel die libanesische Hisbollah aus einer »Bewegung der Entrechteten«, wie sie früher hieß, heraus entwickelt, die vom Imam Musa as-Sadr gegründet und geleitet wurde, bis dieser 1978 in Libyen spurlos verschwand.

Quelle der metapolitischen Gewalt kann auch die Radikalisierung von Personen und Gruppen sein, die eine Zeit lang glaubten, an der Moderne teilhaben zu können, oder die tatsächlich daran teilhatten, bis sie davon ausgeschlossen wurden, was sie zu Menschen macht, die den Anschluss verpasst haben, zu Opfern des Fortschritts, die das Gefühl einer zutiefst ungerechten Zurücksetzung in sich tragen. Die metapolitische Gewalt kann ihren Ursprung auch in der Überzeugung gebildeter Eliten, von Ingenieuren, Ärzten usw. haben, in einer Gesellschaft zu leben, die ihnen nicht die Möglichkeiten der von ihnen angestrebten beruflichen und persönlichen Selbstverwirklichung bietet. Ein Beispiel hierfür sind die oft hochqualifizierten japanischen Wissenschaftler, die Anfang der 1990er Jahre entschieden, sich der Aum-Sekte anzuschließen und mit dieser zur äußersten Gewalt zu greifen.<sup>19</sup>

---

19 Vgl. Trinh, »Aum Shinrikyo«. Die Aum-Sekte ist eine religiöse Bewegung, die am 20. März 1995 in der Tokioter U-Bahn ein mörderisches Saringas-Attentat verübte.

Diese Ursachen verbinden sich leicht untereinander und mit anderen. Umgewandelt in ein eher religiöses als nationales Projekt und von religiösen Versprechen bewegt, die kein politisches Projekt realistisch befördern könnte, bringen gesellschaftliche Wut, Frustration und Zorn den Akteur dazu, radikalste Gewalttaten zu begehen, die unter Umständen von Führern und Organisationen kapitalisiert oder gelenkt, ja sogar manipuliert werden, die ihrerseits durchaus über echtes politisches Know-how verfügen.

Die gegenwärtige Moderne bringt diese Art von Gewalt hervor, und es wäre ein Irrtum, darin von traditionellen Akteuren ausgehende Formen des Widerstands zu sehen. Die metapolitische Gewalt ist so sehr mit Sinn aufgeladen, dass sie über das rein Politische hinauschießt, in Wirklichkeit aber schnell bereit ist, sich dort einzurichten, vor allem wenn sie an die Macht kommt, wie das bei der iranischen Revolution der Fall war oder in gewisser Weise bei den Taliban, als diese einige Jahre die Macht in Kabul ausübten.

## Die individuelle Gewalt

Seit den 1960er und 1970er Jahren und dem Ende des sie strukturierenden Klassenkonflikts haben sich die Gesellschaften völlig verändert. Damit einhergehend entwickelte sich ein ungeschicktes Begriffssystem, ausgehend von dem Präfix »post«, das auf das Ende einer Ära hinweist, ohne dass man schon eine neue benennen könnte – postindustriell, postnational, postmodern, postkolonial usw. Wenn wir die wichtigsten Veränderungen betrachten, spricht viel dafür, auch wenn dies von Land zu Land unterschiedlich sein mag, bei der Untersuchung des Gewaltphänomens die Tatsache in Rechnung zu stellen, dass der Rahmen des eigentlichen gesellschaftlichen Lebens immer weniger notwendigerweise vom Staat geliefert wird. Dieser auch hier festzustellende Niedergang des staatlichen Rahmens wird ganz besonders deutlich, wenn man die öffentlichen Institutionen betrachtet.

### *Die Entinstitutionalisierung*

Tatsächlich stellt man überall auf der Welt den Rückzug und die Abschwächung der das soziale Band garantierenden Institutionen fest, seien sie mit der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, der

Sozialisation des Nachwuchses (Schulwesen) oder eher mit der Gewährleistung des Wohlfahrtsstaats beauftragt. Vor allem in den alten Industriegesellschaften, deren wichtigste öffentliche Institutionen zur selben Zeit eingerichtet oder verstärkt wurden, als sich die Arbeiterbewegung institutionalisierte, wird die Entinstitutionalisierung manchmal als Ergebnis oder Erfolg neoliberaler Ideen interpretiert, die weniger Staat fordern und die in der Tat vor allem deswegen prosperierten, weil sie als Ideologieersatz dienten. Sie schuldet tatsächlich viel den Schwierigkeiten dieser Institutionen, die immer weniger fähig sind, ihre Aufgabe zu erfüllen und ihre gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen oder kulturellen Versprechen einzuhalten. Dieses Phänomen war besonders ausgeprägt im Osten, in den ehemaligen Sowjetgesellschaften, wo insbesondere das Unternehmen, die Fabrik, der Ort war, um den herum alle Arten von Sicherheitsgarantien organisiert waren. Alles lief über sie und machte aus ihr eine Art globaler Sozialinstitution: neben der von ihr gebotenen Arbeitsstelle waren das die Wohnung, die Gesundheitsversorgung, die Grundschule, Freizeit und Sport, die Grundversorgung usw. Der Zusammenbruch dieses Systems hinterließ soziale Dramen, aus denen der Nationalpopulismus und danach der Neokommunismus eine Zeit lang ihren politischen Vorteil ziehen konnten.

Der Niedergang der Institutionen ist ein bedeutendes politisches und wirtschaftliches Phänomen, ein Faktor des Zerfalls des sozialen Bands und der Desaffiliation, um den Ausdruck von Robert Castel zu verwenden. Er ist auch ein kulturelles Phänomen, das mit einer Autoritätskrise einhergeht. Und wenn es keine Autorität und auch keine allen genau über diese Institutionen auferlegten Normen und Regeln mehr gibt, dann findet die Gewalt günstigere Bedingungen vor, um in Formen aufzutreten, die als delinquent oder kriminell wahrgenommen werden.

### *Der Fortschritt des modernen Individualismus*

Der moderne Individualismus hat seit dem Ende der »Trentes Glorieuses«, der 30 glorreichen Wirtschaftswunderjahre von 1945 bis 1975, enorme Fortschritte gemacht. Er vereinigt zwei Logiken in sich, von denen beide eventuell Auswirkungen auf die gegenwärtigen Gewaltformen haben können. Einerseits beruht er auf dem Wunsch nach individueller Teilhabe an der Moderne, nach einem unterschiedlichen

Zugang zu Geld, Konsum, sofortigem Genuss, aber auch zu einem Arbeitsplatz, zu Bildung und Gesundheit. Zum andern zeichnet ihn eine starke Kreativität aus, die Bemühung jedes Einzelnen, sich eine eigene Existenz aufzubauen, seine eigenen Entscheidungen zu treffen, über sein Engagement und seine Zugehörigkeiten selbst bestimmen zu können, ohne dass ihm dies durch die Tradition oder die Regeln und Normen des kollektiven Lebens oder einer ganz bestimmten Gruppe vorgegeben wird: Das individuelle Subjekt kann sich sehr wohl in einer kollektiven Aktion engagieren oder eine ganz bestimmte kulturelle Identität wählen und sich dabei völlig hingeben, ohne sich jedoch gänzlich zu unterwerfen oder sich in Abhängigkeit zu begeben. Aber es kann natürlich auch die Wahl treffen, sich von allem zu lösen oder sich aus Verpflichtungen zurückzuziehen.

Wir sollten hinzufügen, dass diese beiden Dimensionen des Individualismus keine neue Erkenntnis darstellen; man findet sie auf gewisse Weise bei Émile Durkheim, wenn dieser das *Individuum*, das sich auf die profane Welt bezieht, von der *Person* unterscheidet, die in seinen Augen dem Bereich des Sakralen unterliegt.<sup>20</sup>

Der Aufstieg des Individualismus fördert auf zumindest zwei Arten die Gewaltbereitschaft. Einerseits kann Gewalt als das einzige oder beste Mittel erscheinen, wenn auch auf illegitime Weise legitime Ziele zu erreichen. Robert Merton<sup>21</sup> hat seinerzeit gezeigt, dass kriminelle und verbrecherische Handlungen durchaus von vollständig konformistischen Personen begangen werden können, die zum Beispiel in den Besitz von Geld kommen wollen, was in unseren Gesellschaften an und für sich nichts Illegitimes ist; aber dafür begehen sie einen Diebstahl. In den westlichen Ländern ist es nicht schwer, eine direkte Linie zu ziehen zwischen dem seit den 1950er Jahren fast geradlinig verlaufenden Anstieg bestimmter Formen von Kriminalität, so vor allem der Raubdelikte, und der Entwicklung der Konsumgesellschaft: Die Gewalt, wenn sie den Gesetzesbruch begleitet (was nicht immer der Fall ist), geht hier auf Wünsche zurück, die vor allem durch die Medien angestachelt werden, und auf die Versuchungen eines Massenkonsums, der inzwischen zu einem globalen Schauspiel geworden ist.

---

20 Durkheim, Die elementaren Formen.

21 Merton, Soziologische Theorie.

Andererseits kann sie auch Ausdruck einer verbotenen, unmöglich gewordenen oder beschädigten Subjektivität sein oder aus einer Situation hervorgehen, in der die Einzelperson, der ihre konkrete Fähigkeit genommen wurde, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen und sich als autonomes Subjekt zu konstituieren, diese Unmöglichkeit umkehrt. Diese Umkehrung nimmt manchmal spielerische Formen an, die gleichzeitig zerstörerisch sein können, die Gewalt äußert sich hier als »Lust am Risiko«, um den Ausdruck von David Le Breton<sup>22</sup> zu verwenden, die äußerstenfalls das Schicksal herausfordern oder selbstzerstörerisch werden kann, als ob das Individuum die durch das System oder die Situation geschaffene Unmöglichkeit, Akteur seiner eigenen Existenz zu sein, gegen sich selbst kehrt. Gewalt ist hier Sinnsuche und Sinnstiftung, das Streben, selbst herzustellen, was früher von der Kultur oder den Institutionen geliefert wurde (was uns zum vorherigen Punkt, der Krise der Institutionen, zurückführt). Sie kann die Projektion des eigenen Selbst bis zu einem möglichen Tod sein oder das Zeichen einer unglücklichen Subjektivität, die Weigerung einer Person, eine Existenz fortzusetzen, in der diese sich negiert sieht und ihren Platz nicht finden kann.

Die fortschreitende Globalisierung lässt die Probleme des Individualismus, dessen zwei Dimensionen wir gerade angesprochen haben, deutlicher als in der Vergangenheit zutage treten. Sie verstärkt die mit beiden Dimensionen einhergehende Zerbrechlichkeit der eigenen Person und unterstreicht darüber hinaus in den Augen der Akteure selbst die Schwierigkeiten, die beiden implizierten Register zu kombinieren: zum einen die instrumentelle, strategische und vitale Fähigkeit, an der Moderne erfolgreich zu partizipieren, und zum anderen die Konstruktion einer autonomen Subjektivität.<sup>23</sup> Tatsächlich weiß heutzutage jeder, was die moderne Welt an Konsummöglichkeiten wie an Wegen zur Selbstverwirklichung anzubieten und zu versprechen hat, aber es ist dennoch ausgesprochen schwierig, gleichzeitig Konsument und Produzent seiner eigenen Existenz zu sein, einerseits effizient und rational, andererseits autonom zu sein und sich von allgemeinen Normen zu distanzieren.

---

22 Le Breton, Lust am Risiko.

23 Vgl. Ehrenberg, L'Individu incertain.

So schaffen der Niedergang der Institutionen und der Aufstieg des Individualismus günstige Bedingungen, wenn nicht für eine allgemeine Zunahme der Gewalt, so doch für den Anstieg gewisser anomischer und krimineller Gewaltformen oder solcher, die mit den Schwierigkeiten verbunden sind, sich selbst als Subjekt zu konstituieren. Diese Bedingungen erschweren die Aufgabe des Staates immer mehr, seiner Verantwortlichkeit für die Sicherheit seiner Bürger nachzukommen.

## Die Intellektuellen und die Gewalt

Heute scheint die Gewalt auf dem Gebiet der Politik jede Legitimität verloren zu haben, dass sie sogar als das absolut Böse angesehen wird. Sie gilt als das, was die Gesellschaft einstimmig ächten und bekämpfen muss, nach innen wie nach außen. In den 1960er und 1970er Jahren hingegen konnte sie durchaus noch von Intellektuellen gerechtfertigt und verstanden werden, die sich selbst möglicherweise noch in einer revolutionären, anarchistischen oder marxistisch-leninistischen Tradition sahen; sie konnte theoretisch untermauert oder mit einer gewissen Sympathie unterstützt und auch in der politischen Sphäre toleriert werden. Die einen bewunderten die Guerillakämpfer und machten »Che« zu ihrem Helden; andere priesen eher die soziale Gewalt oder bemühten sich, diese anzustacheln und zu befördern. Wie wir gesehen haben, lieferte das auf der kolonialen Erfahrung beruhende Denken Frantz Fanons eine theoretische Grundlage für die Vorstellung eines gewaltsamen Bruchs, die Jean-Paul Sartre in seinem berühmten Vorwort zu Fanons Buch »Die Verdammten dieser Erde«<sup>24</sup> weiter radikalisierte – derselbe Sartre, der einige Jahre später die Maoisten, mit denen er debattierte, ermutigen sollte, den Weg der gewaltsamen Aktion einzuschlagen.<sup>25</sup>

Einige der Reaktionen auf die iranische Revolution, die zum Beispiel von Michel Foucault begrüßt wurde, sind vielleicht ein letzter Ausdruck dieser Meinungsströmungen und politischen und intellektuellen

---

24 Sartre, Vorwort zu Frantz Fanon.

25 Vgl. Sartre/Gavi/Victor, Der Intellektuelle als Revolutionär.

tuellen Sympathien für gewaltsame Prozesse und sich der Gewalt bedienende Akteure. Dieser Gewalt wurde eine umso größere Legitimität zugestanden, als sie eine, wenn auch meistens beschränkte, Antwort bot auf die Gräueltaten und den autoritären oder diktatorischen Machtmissbrauch, wie sie zum Beispiel bis in die 1980er Jahre hinein für Lateinamerika charakteristisch waren.

Seitdem ist die intellektuelle und politische Zone, in der man der Gewalt verständnisvoll, ja offen begegnete, sehr viel kleiner geworden. Stattdessen gibt es einen breiten Konsens, Gewalt abzulehnen und zu denunzieren. Die philosophische, moralische und ethische Gewaltdebatte scheint abgeschlossen, die westlichen Intellektuellen haben sich insgesamt von ihr distanziert, als ob die 1980er und 1990er Jahre ihnen Gelegenheit zu einer großen »Säuberung« gegeben hätten. Diese Entwicklung ist nicht vom Niedergang der Gestalt des klassischen Intellektuellen zu trennen, der zum politischen Engagement neigte und oft bereit war, revolutionäre oder auf einen Bruch mit den gegebenen Verhältnissen abzielende Projekte zu befördern und zu unterstützen.

Man muss sich allerdings fragen, ob wir nicht in eine neue Phase eingetreten sind, in der die Weigerung, der Gewalt die geringste Legitimität zuzugestehen, erneuten Debatten Platz machen könnte. Zwei neuere Phänomene, die in gewisser Weise miteinander verbunden sind, könnten in der Tat die Wiederkehr eines radikalen Denkens bedeuten, das in der öffentlichen Debatte offen ist für Gewalt. Das erste ist das Wiederaufleben gesellschaftlicher und politischer Proteste, deren Zielscheibe die liberale Globalisierung und deren Konsequenzen ist; dieses Wiederaufleben, das 1994 von der zapatistischen Bewegung in Mexiko und in Frankreich von der Streikbewegung im November/Dezember 1995 seinen Ausgang nahm,<sup>26</sup> schreibt sich eher in eine gewaltlose Tradition ein, die sich auf symbolische und spektakuläre Aktionen stützt, um in der öffentlichen Meinung und in gewissen Bereichen des intellektuellen Lebens ein vorteilhaftes Echo und Verständnis zu finden. So konnte zum Beispiel der Anführer einer französischen Bauerngewerkschaft, José Bové, als Galionsfigur der Antiglobalisierungsbewegung in der ganzen Welt Anerkennung finden,

---

26 Zu diesen altermondialistischen Protesten vgl. Wieviorka, *Un autre monde*.

nachdem unter seiner Führung eine im Bau befindliche McDonald's-Filiale in der kleinen Provinzstadt Millau »demontiert« wurde – es handelte sich dabei um einen Protest gegen die amerikanische Politik, verschiedene Importgüter, angefangen mit Roquefort-Käse, mit hohen Einfuhrzöllen zu belegen.<sup>27</sup> Im Großen und Ganzen hält sich die altermondialistische Bewegung von der Gewalt fern, und ihre Methoden, wenn sie sich dieser doch einmal vorsichtig annähert, bleiben immer recht bescheiden, vor allem im Vergleich mit anderen Bauernprotesten: So hat in Frankreich die »Confédération paysanne« José Bovés niemals Schäden angerichtet, die mit den von den traditionellen Bauernverbänden wie zum Beispiel der Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles (FNSEA) verursachten vergleichbar wären. Zu größeren Gewaltübergriffen kam es dann anlässlich des G-8-Gipfels in Genua im Sommer 2001. Zwar waren sie im Wesentlichen eine Reaktion auf die polizeiliche Repression; aber die Demonstranten hatten auch Gewalttäter in ihren Reihen, deren Gewaltgebrauch zwar von den großen Organisationen wie etwa Attac kompromisslos abgelehnt wurde, gleichzeitig aber auf ein positives Echo und Sympathie stieß. Die hyperkritischen Denkrichtungen, die zum Beispiel in Frankreich für eine Bewegung »links von der Linken« eintreten, könnten künftig sehr wohl versucht sein, begrenzten Formen sozialer Gewalt eine gewisse Legitimität zuzubilligen.

Das zweite neuere Phänomen, das sich vom vorherigen sehr unterscheidet, leitet sich vom politischen Islamismus ab, einschließlich seiner extremsten, vor allem terroristischen Ausprägungen. Diese Äußerungen wurden als vollkommen unsinnig, als reine Barbarei interpretiert, die umso weniger akzeptabel war, als man denken konnte, dass der politische Islamismus zum Niedergang und zum Scheitern verurteilt sei.<sup>28</sup> Aber während die Gewalt der GIA in Algerien, außer in ganz beschränkten Kreisen, kaum auf Sympathie stößt, die iranische Revolution seit langem zu Ende ist und alles, was noch davon übrig geblieben ist, vor Ort vor allem als Kennzeichen einer konservati-

---

27 Nebenbei bemerkt ist dies ein Paradoxon: Dieser Antiglobalisierungsprotest richtet sich nicht gegen den Neoliberalismus, sondern im Gegenteil gegen eine protektionistische Maßnahme.

28 Vgl. Roy, *L'échec de l'islam politique*; Kepel, *Das Schwarzbuch des Dschihad*.

ven und autoritären Macht betrachtet wird, haben die unter der Verantwortlichkeit von Bin Laden am 11. September 2001 begangenen Anschläge eine beträchtliche Auswirkung und finden überall auf dem Planeten in allen Arten von – vor allem antiamerikanischen – Gefühlen ihren Widerhall. Der Terrorismus mobilisiert hier äußerst starke Affekte und schafft Unterströmungen von Sympathie und Verständnis, die die Intellektuellen überall auf der Welt einfach ansprechen müssen. In einem ganz kleinen Maßstab hatte bereits der islamistische Terrorismus des jungen Khaled Kelkal, der im Dezember 1995 durch die Kugeln der ihn verfolgenden französischen Gendarmen niedergestreckt wurde, diesen in gewissen Problemvierteln Frankreichs in manchen Augen zu einem Märtyrer und Helden werden lassen. Mit dem 11. September 2001 findet die antiimperialistische Gewalt, die sich auf die Ausgeschlossenen und Verachteten beruft, ihr Publikum nicht nur bei den Moslems, sondern auch darüber hinaus, und zwingt auch die westlichen Intellektuellen, sich darüber Gedanken zu machen, und sei es nur, um in der Lage zu sein, mit ihren radikalisierten Kollegen in der arabisch-islamischen Welt ins Gespräch zu kommen – eine Welt, die innerhalb ihrer Gesellschaften selbst bereits präsent ist. Eine gewisse amerikanische Arroganz, das Gefühl, das die Vereinigten Staaten oft im Betrachter erwecken, gleichgültig zu sein gegenüber den sozialen, politischen und kulturellen Implikationen ihrer Hegemonie, ist eine Quelle, aus der sich ein kritisches Denken speist, das Verständnis für gewaltbereite Akteure aufbringen kann.

Die Jahre der absoluten Ablehnung von Gewalt, die auf die Erschöpfung der Ideologien des Kalten Kriegs folgten, liegen vielleicht bereits hinter uns. Die Gewalt könnte durchaus einen legitimen Raum wiederfinden und aufhören, das fast allgemein gültige Tabu zu sein, das sie einige Jahre lang war.

Dieser sich im Augenblick erst ganz schwach andeutende Umschwung wird, sollte er sich durchsetzen, einige leicht vorauszu- sehende Auswirkungen haben. Solange die Gewalt tabu war und folglich in den öffentlichen Debatten nicht auftauchte, da es keine politischen oder intellektuellen Akteure gab, die fähig oder willens gewesen wären, den allgemeinen Konsens zu durchbrechen, der ihre Ablehnung umgab, solange war sie zwangsläufig Gegenstand von Wahrnehmungen und Darstellungen, die sie durch Übertreibungen oder Versäumnisse in gewisser Weise verzerrten, die einen verteufel-

ten, die Schwere der Gewaltakte anderer unterbewerteten, und so zum Beispiel vorschnell den Islamisten Anschläge unterstellten, für die sie nicht verantwortlich waren – wie bei dem Attentat von Oklahoma City in den Vereinigten Staaten am 19. April 1995 mit seinen 168 Toten, bei dem sich zur allgemeinen Bestürzung herausstellte, dass es die Tat des amerikanischen rechtsextremistischen Aktivisten Timothy McVeigh war. Von dem Augenblick an, wo die Gewalt wieder zu einem Gegenstand der Debatte wird, kann sie diskutiert und auf gegensätzliche Weise untersucht werden, können die Probleme, die sie zum Vorschein bringt und die sie durch ihr Eingreifen immer mehr oder weniger pervertiert, trotzdem überlegter angegangen werden. Paradoxerweise ist eine gewisse Legitimation der Gewalt im öffentlichen Raum notwendig, wenn man wünscht, ernsthaft darüber zu diskutieren und damit umzugehen – und ihr dann doch jede Legitimität durch intellektuelle Reflexion und politische Aktion entziehen will.

## Über eine berühmte Formel Max Webers

Die klassische Soziologie verbindet immer wieder den Staat mit der Gewalt. Ein berühmter Satz Max Webers resümiert auf fast tautologische Weise diese Verbindung. 1919 schreibt er: »Man kann vielmehr den modernen Staat soziologisch letztlich nur definieren aus einem spezifischen *Mittel*, das ihm, wie jedem politischen Verband, eignet: der physischen Gewaltsamkeit. [...] Gerade heute ist die Beziehung des Staates zur Gewaltsamkeit besonders intim. [...] Heute dagegen werden wir sagen müssen: Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes [...] das *Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit* für sich (mit Erfolg) beansprucht. Denn das der Gegenwart Spezifische ist: daß man allen anderen Verbänden oder Einzelpersonen das Recht zur physischen Gewaltsamkeit nur so weit zuschreibt, als der *Staat* sie von ihrer Seite zuläßt: er gilt als alleinige Quelle des ›Rechts‹ auf Gewaltsamkeit.«<sup>29</sup> Eine zweideutige Definition: So stellt Raymond Aron fest, dass man nicht ge-

---

29 Weber, Politik als Beruf, S. 158 f.

nau wisse, ob das von Max Weber vorgeschlagene Konzept auf eine abstrakte, rein theoretische Kategorie oder auf eine konkrete, historische, empirische Kategorie verweise.<sup>30</sup> Aber ohne so weit zu gehen, die historischen Änderungen zu untersuchen, die die modernen Staaten seit 1919 erfahren haben, und ohne aus Max Weber einen anerkannten Theoretiker in der Frage der Beziehung zwischen Staat und Gewalt zu machen (er hat ihr in der Tat nur einige Seiten in *Wirtschaft und Gesellschaft* und in *Politik als Beruf* gewidmet), wollen wir doch die gegenwärtige Situation und das theoretische Gewaltmonopol des Staates untersuchen.

### *Der überforderte Staat*

Wie wir gerade gesehen haben, haben die westlichen Intellektuellen tatsächlich im Wesentlichen aufgehört, dem Staat dieses Monopol zu bestreiten, zumindest wenn es sich um die Demokratien handelt, in denen sie leben. Aber kann man sich mit der Weber'schen Formel zufrieden geben, während sich die Wirtschaft globalisiert und die Staaten von innen wie von außen überfordert zu sein scheinen von wirtschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Problemen und von einer nichtstaatlichen Logik, die ihnen entgleitet und die von Akteuren getragen wird, die sie kaum noch zu kontrollieren vermögen? Der gegenwärtige Staat kann nicht mehr so leicht wie früher den Anspruch erheben, territorialer, administrativer, juristischer und symbolischer Rahmen des wirtschaftlichen Lebens zu sein, da die Warenströme, die Entscheidungen, die Märkte, die Zirkulation von Personen, Kapital und Informationen in globalem Maßstab stattfinden, übrigens auch teilweise in illegalen oder unkontrollierten Formen, die es erlauben, von einer Globalisierung des organisierten Verbrechens zu sprechen, und dies nicht nur, was den Drogenhandel betrifft. Je weniger er der Wirtschaft einen Rahmen gibt oder sie kontrolliert, desto mehr ist der Staat gezwungen, zurückzuweichen und gegenüber den informellen Aktivitäten, dem Schwarzmarkt und der Schwarzarbeit den Platz zu räumen, die per definitionem nicht seinem

---

30 »Max Weber hat nicht zwischen rein analytischen Konzepten und semihistorischen Konzepten unterschieden«, schreibt Raymon Aron in »Hauptströmungen des modernen soziologischen Denkens«; zit. n. Bouretz, *Les promesses du monde*, S. 163.

Einfluss unterliegen, auch was das Gebiet der Steuern angeht. Diese Privatisierung der Wirtschaft geht mit einer Privatisierung der Gewalt einher, die zu einem Mittel wird, den Staat auszuplündern und vor allem sich diejenigen Ressourcen anzueignen, die er eigentlich kontrollieren sollte.

Die Legitimität des Staates wird ebenfalls geschwächt, wenn sich innerhalb der Gebiete, die in seinem Verantwortungsbereich liegen, transnationale Solidaritäten, zum Beispiel Diasporagemeinschaften, präsentieren, entwickeln oder geschaffen werden, deren Funktionsraum nicht mit dem seinigen übereinstimmt. Sie wird weiterhin geschwächt, wenn sie einer mächtigeren Legitimität unterworfen wird, etwa auf Grund von internationalen Vereinbarungen oder wegen der Übertragung eines Teils der einzelstaatlichen Souveränität, so im Falle der Einrichtung internationaler Gerichtshöfe oder der Intervention supranationaler Streitkräfte in Situationen, wo Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden.

Letztlich beruht die staatliche Legitimität auf einer internationalen Anerkennung, die sich als begrenzt erweisen oder auch bestritten werden kann. Als zum Beispiel die Taliban in Afghanistan die Macht ergriffen, schafften sie es nicht, in die internationale Gemeinschaft aufgenommen zu werden; ihr Staat wurde nur zögernd von einer Hand voll anderer Staaten anerkannt. In noch allgemeinerem Sinne ist die Legitimität von Staaten, die von anderen Staaten als Diktaturen, als korrupt oder schurkisch (die von der amerikanischen Administration angeprangerten »Rogue States«), aber auch als besonders schwach und machtlos angesehen werden, weniger gesichert als die von demokratischen Staaten. Und wenn sich seit den 1970er Jahren die Thematik eines Einmischungsrechts entwickeln konnte und wenn humanitäre Akteure weltweit eine immer wichtigere Rolle spielen, dann deshalb, weil die Souveränität gewisser Staaten Gewaltpraktiken abdeckt, die sie tolerieren, selbst in Gang setzen oder nicht zu verhindern vermögen, was das Weltgewissen und die universale Moral dermaßen verletzt, dass dadurch Interventionen legitimiert werden können, die sich nicht um das innere Gewaltmonopol dieser Staaten scheren.<sup>31</sup>

---

31 Zu diesen Fragen vgl. Moore (Hg.), *Hard Choices*.

### *Der Staat und seine Polizei*

Durch seine Agenten, also diejenigen, die ihn repräsentieren, kann der Staat selbst immer wieder illegitime Gewaltakte ausüben, auch in den demokratischsten Ländern. Es kann sich dabei um Praktiken handeln, die dem offiziellen Diskurs zuwiderlaufen, wie in einer Demokratie jedes Auftreten von Folter und polizeilichen oder militärischen Übergriffen aller Art. Ein besonders eindrücklicher Fall ist hier Brasilien, wo die fortschreitende Entwicklung der Demokratie mit einer Zunahme der Gewalt einherging, auch innerhalb der Polizeikräfte.<sup>32</sup> Andererseits delegiert der Staat häufig den Gebrauch von Gewalt an private Akteure, die sie dann zur Beförderung ihrer ureigensten Interessen anwenden. Spiegelbildlich dazu – dies ist ein großes Problem in den Vereinigten Staaten und in Kanada – haben die sozialen Errungenschaften der Polizisten dazu geführt, dass diese über so viel Freizeit und Urlaub verfügen, dass sie diese für schwarze Nebenjobs verwenden und damit ihr Gehalt aufbessern können. Auf diese Weise stellen sie ihre speziellen Fähigkeiten privaten Sicherheitsunternehmen zur Verfügung, was, wenn sie ihre beruflichen Verbindungen, ja sogar gewisse Attribute ihres Erstberufs (wie zum Beispiel Waffen) nutzen, sehr schnell zu großen Konfusionen führen kann. Häufig gibt es dann auch noch gewisse Grauzonen, wo man nicht mehr genau erkennen kann, wo die Verantwortlichkeit des Staates aufhört und diejenige anderer Akteure anfängt. Ist zum Beispiel die Sicherheit in den französischen Sozialsiedlungen eine Angelegenheit der öffentlichen Gewalt oder der Vermieter? Die Abgrenzung ist hier nicht ganz klar. In einem weiteren Sinne führt die Untersuchung des gesamten Bereichs der inneren Sicherheit und der Polizei dazu, nicht nur Max Webers Formel in Frage zu stellen, sondern darüber hinaus auch alles, was man manchmal bereits den »weberschen Staat« genannt hat.<sup>33</sup> So zeigen die Arbeiten Jean-Paul Brodeurs über die Polizei sehr gut, wie die Sozialwissenschaften, angefangen mit den angelsächsischen Forschungen der 1950er Jahre und sehr viel später auch anderswo, gegen das antreten, was er eine Binsenwahrheit nennt. In der Nachfolge Egon Bittners weist er darauf hin, dass die legale und legitime Anwendung

---

32 Vgl. Peralva, *Violence et démocratie*; Pinheiro, »Institutions and Impunity«.

33 Vgl. Ocuqueteau, *Déclin de l'État wébérien*.

physischer Gewalt nicht nur den Ordnungskräften, sondern auch den medizinischen Berufen anvertraut ist; dass die Eltern immer noch, ganz legitim, wenn auch von Land zu Land auf unterschiedliche Weise, eine gewisse Gewalt gegenüber ihren Kindern ausüben dürfen (noch 2003 »hielt das kanadische Strafgesetzbuch die Anwendung von körperlichen Züchtigungen durch Eltern gegenüber ihren Kindern und Lehrern gegenüber ihren Schülern für legitim«<sup>34</sup>). Seine Arbeiten, oder die Frédéric Ocqueteaus in Frankreich, zeigen ganz deutlich, dass das Problem des phantastischen Aufschwungs der privaten Sicherheitsunternehmen, die mit Wach- und Kontrolldiensten oder dem Schutz von Gütern, Personen und Informationen befasst sind, sich nicht auf die Idee einer Privatisierung der Polizei und ihres theoretischen physischen Gewaltmonopols reduzieren lässt. In den modernen Demokratien bilden sich neue Konfigurationen heraus und findet eine Umorientierung der polizeilichen Funktionen statt, wobei das Zusammenspiel von Staat und Markt dicht und komplex ist und neue private Akteure wirklich autonom öffentliche Aufgaben übernehmen, die je nachdem in einem Verhältnis des Wettbewerbs, der Komplementarität oder Gleichzeitigkeit zur öffentlichen Macht stehen: »Die Verschiedenheit der Gesichter und Modalitäten der Produktion von Sicherheit«, stellt Brodeur fest, sei »eine Konsequenz der Infragestellung des Begriffs eines legitimen Gewaltmonopols«.<sup>35</sup>

#### *Wer definiert die Legitimität?*

Tatsächlich stellt sich hier ein tiefgreifendes Problem, ganz einfach weil sich die Gewaltvorstellungen mit der Zeit ändern und Gewalt recht oft von der öffentlichen Meinung und der Zivilgesellschaft definiert wird, bevor sie vom Staat als solche anerkannt wird. Solange die Gewalt auf die private Sphäre beschränkt oder noch nicht öffentlich in Erscheinung getreten ist, kann sie, wenn sie schon nicht legitim ist, vom Staat zumindest toleriert oder manchmal sogar gedeckt werden. So wurde in Frankreich die heute als kriminell angesehene Pädophilie lange Zeit toleriert, auch wenn die Täter Lehrer im staatlichen Schulsystem waren. Ihre Vorgesetzten schützten sie auf allen Ebenen, um einen dro-

---

34 Brodeur, *Les visages de police*. Über die angelsächsische Forschung vgl. Brodeur/Monjardet (Hg.), »*Connaître la police*«.

35 Brodeur, *Les visages de police*, S. 11.

henden Skandal bereits im Ansatz zu ersticken: die Legitimität der Institution verbot es, dass eines ihrer Mitglieder wegen eines derartigen Verbrechens in Frage gestellt würde. Allerdings ist der Staat immer weniger bereit, Gewalttaten an Frauen, Kindern oder alten Menschen zu tolerieren. Weniger als früher lässt er es zu, dass sich im Privat- oder Familienleben, aber auch in gewissen Institutionen wie der Schule oder den Kirchen Enklaven bilden, in denen, in Jean-Paul Brodeurs Worten, »eine mitunter systematische Gewalt ausgeübt wird, wobei der Staat sich weigert, deren Legitimität in Frage zu stellen«. <sup>36</sup> Die private oder tief in den Institutionen verankerte Gewalt geht dort zurück, wo es Protestbewegungen gelingt, sie sichtbar zu machen und dafür zu sorgen, dass sie im öffentlichen Raum als solche anerkannt wird.

Noch allgemeiner müssen wir zu bedenken geben, dass die Legitimität der Gewalt eine kulturelle und gesellschaftliche Tatsache sein kann, die nicht nur auf eine staatliche Definition zurückgeht. Jede Kultur und jede Gesellschaft definiert in einem bestimmten Moment, was sie toleriert, akzeptiert oder ablehnt, auch wenn diese Definition nicht den Kategorien von Recht und Gesetz, den vom Staat festgelegten und geforderten Normen entspricht. Die Legitimität der Gewalt entspringt nicht ausschließlich einem rationalen Prozess, der sich im Staat und mit ihm in der Bürokratisierung verkörpert; sie ist auch von dem abhängig, was die Zivilgesellschaft und die öffentliche Meinung von ihr denkt, auf manchmal konjunkturelle, manchmal strukturelle Weise, und ist damit tief in einem Wertesystem verankert, das sich nicht unbedingt schnell zu ändern pflegt. So wurde zum Beispiel in Frankreich lange Zeit der Mörder des Liebhabers seiner Frau freigesprochen; ebenso wurde in den Vereinigten Staaten lange Zeit ein Schwarzer, der ohne Beweise und fast immer fälschlicherweise der Vergewaltigung einer weißen Frau angeklagt war, regelmäßig zu den allerschwersten Strafen verurteilt. Das Urteil der Gesellschaft oder ihrer einflussreichsten Mitglieder über ein bestimmtes Verbrechen, eine schwere Gewalttat oder einen Tumult stimmt nicht unbedingt mit dem des Staates überein. Wie Philip Smith in einem anregenden Aufsatz feststellt, kommt es durchaus vor, dass die Gesellschaft einer Gewalttat Beifall spendet, die sie für legitim hält; spiegelbildlich dazu läuft der Staat Gefahr, die öffentliche Unterstützung zu verlieren, wenn er seinen Rück-

---

36 Brodeur, »Violence spéculaire«.

griff auf die Gewalt und die Auffassungen der Gesellschaft darüber, was legitim und was illegitim ist, nicht in Übereinstimmung zu bringen vermag. Smith fügt noch hinzu, dass das Zusammenspiel von Gesellschaft und Staat bei der Definition der Legitimität von Gewalt sich aus Interaktionen zusammensetzt, die zu instabilen und schnell ablaufenden Prozessen führen können – »die Akzeptanz der Gewalt kann mit bestürzender Geschwindigkeit entstehen und verloren gehen.«<sup>37</sup>

### *Die These vom Verfall des Staates*

Zeigt nicht die große Unordnung, die sich mit dem Begriff der wirtschaftlichen Globalisierung und den damit einhergehenden kulturellen und gesellschaftlichen Erscheinungen verbindet, dass wir tatsächlich in eine Ära des Niedergangs, ja des Verfalls des Staates eingetreten sind? Für die Anhänger dieser These wird der Staat, da wo er alt ist, wie in Europa, immer schwächer; da wo er, wie in Afrika oder Asien, neueren Datums ist, ein »reines Importprodukt« mit einem Begriff von Bertrand Badie und Pierre Birnbaum, ist er oft derart korrupt, ineffizient und auf Grund seiner Mängel seiner Legitimität verlustig gegangen, dass man von einer »Staatspanne« sprechen und darin eine große Quelle der Unsicherheit für unseren Planeten sehen konnte. So stellt Philippe Delmas fest: »Die gegenwärtig wichtigste Sicherheitsfrage geht nicht von den Machtambitionen, sondern der Panne der Staaten aus.«<sup>38</sup> Einige ziehen es vor, von einem Niedergang oder einer Rückkehr ins Mittelalter zu sprechen, indem sie ein »neues Mittelalter« evozieren, um das Schwächerwerden der Nationalstaaten wiederzugeben und »eine Vielzahl autonomer und von der Zentralmacht unabhängiger Subsysteme mit Söldnermilizen und Selbstjustiz«<sup>39</sup> zu

---

37 Smith, »Civil Society and Violence«, S. 111.

38 Delmas, *Le bel avenir de la guerre*, S. 9.

39 Eco, *Über Gott und die Welt*, S. 9; Pierre Hassner bezieht sich auf diesen Aufsatz von Eco, wenn er schreibt: »Wir sind Zeugen einer neuen Konstellation, in der die Staaten, auch wenn sie weiterhin im Vordergrund stehen, immer mehr in Frage gestellt werden, einerseits durch die politisch immer wichtiger werdende Weltgemeinschaft, andererseits durch die sowohl innerstaatliche als auch transnationale Anarchie. In gewisser Weise könnte man diese doppelte Entwicklung für eine Rückkehr ins Mittelalter halten.« Hassner, *De guerre et paix*«, S. 26.

beschreiben – ein Thema, das bereits in den 1970er Jahren von Umberto Eco lanciert und erst kürzlich von Pierre Hassner wieder aufgegriffen wurde. Wieder andere sind der Meinung, dass da und dort der Ruf nach dem Staat durch die Inanspruchnahme anderer Instanzen abgelöst wurde, die Ordnung und Sicherheit garantieren. So macht Ghassan Salamé auf das paradoxe Phänomen aufmerksam, dass vor allem in Situationen, in denen ein modernes Staatswesen quasi aufgepfropft wurde und dies zu Korruption, Ineffizienz oder Legitimitätsverlust geführt hat, Forderungen nach einer Einbindung in eine internationale Ordnung auftauchen, in der Schutz von Mächten käme, die nach einem imperialen Modell funktionieren. Er spricht von einem »Ruf nach dem Imperium«, da dieses, wie er erklärt, »eine flexiblere Verbindung mit dem Territorium habe als der Nationalstaat«.40

Rückkehr zum Imperium, neues Mittelalter: Die Formulierungen mögen zwar variieren, aber sie verweisen alle auf die Idee eines Verfalls der klassischen modernen Staatsformen und gleichzeitig auf diejenige einer Erfindung oder Neuerfindung von Formen, mit denen schon in der Vergangenheit experimentiert wurde.

Dies bringt uns dazu, eher die Hypothese einer Änderung als diejenige eines bloßen Niedergangs zu untersuchen. Es ist allererst nicht sicher, dass man überall, wo der Staat erst vor kurzem entstand, von dessen Aufpfropfung auf Gesellschaften und Völker, die zuvor anders, zum Beispiel in Königreichen oder Imperien, organisiert waren, als von einem Misserfolg sprechen kann. Stattdessen sprechen viele Argumente für eine Idee, die vor allem von Jean-François Bayard vertreten wird, nach der sich in Afrika und Asien »die Universalisierung einiger Grundelemente der westlichen Zivilisation« beobachten lasse, die möglicherweise auch den Staat einschließe.<sup>41</sup> Nicht alles deutet auf ein Schwächerwerden, eine Auflösung, einen Niedergang oder eine Ablehnung des Staates hin, und mehrere gegenwärtige Erfahrungen lassen sogar vermuten, dass dessen Konzept weit davon entfernt ist, historisch überholt zu sein. So kann Olivier Roy, der sich besonders für den Mittleren Osten und Zentralasien interessiert, zeigen, dass der Staat gerade dort als unverzichtbarer Horizont der politischen Umge-

---

40 Salamé, *Appels d'empire*, S. 56.

41 Bayart, »L'historicité de l'État importé«, S. 21.

staltungen bestehen bleibt und dass die von ihm beobachteten innerstaatlichen Solidaritätsgruppen, die sich zum Beispiel auf eine ethnische Zugehörigkeit gründen, nicht auf den Staat verzichten können – »gerade die Schmuggler brauchen Grenzen«.42 Und ist es nicht eine der dringendsten Aufgaben der Vereinten Nationen, in bestimmten Situationen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, beim Aufbau oder Wiederaufbau eines Staates mitzuhelfen – so zum Beispiel vor kurzem in Timor und Bosnien, heute in Afghanistan und Angola? Was man im Jargon der Politikwissenschaften »Nation-Building« nennt, ist in Wirklichkeit eher ein »State-Building«.

Es ist unmöglich, eine vereinheitlichte und lineare Darstellung der aktuellen Entwicklung der Staatsformel und ihrer Angemessenheit für die politischen Probleme unserer Zeit zu liefern. Aber eine Sache ist gewiss: Wir sind in eine historische Situation eingetreten, die durch einen Bruch mit dem Modell der Beziehungen zwischen Staaten gekennzeichnet ist, wie es noch von den klassischen politischen Philosophen, »von Hobbes über Clausewitz und Weber bis Aron«, um Pierre Hassner<sup>43</sup> zu zitieren, vertreten wurde und die von der Idee eines Verfalls bzw. eines Überholtseins des Staates umgetrieben wird. Dieser Staat wird weniger als früher als Grund, Quelle und Rechtfertigung der Gewalt angesehen, wie dies noch in den 1960er und 1970er Jahren der Fall war, als es darum ging, über die so genannten nationalen oder sozialen Befreiungskämpfe zu berichten oder revolutionäre Projekte zu befördern. Sicherlich bleibt Gewalt in zahlreichen Situationen eine Alternative und Antwort auf die Brutalität des Staates, auf eine diktatorische Macht oder eine neokolonialistische Unterdrückung. Nichtsdestoweniger bleibt der Staat, ganz im Sinne der traditionellen politischen Philosophie, zumindest seit Hobbes, die politische Formel, die die physische Gewalt außerhalb des von ihm kontrollierten Aktionsfeldes verbieten und verhindern sollte. Das Problem besteht darin, dass er bei der Durchsetzung seines Konzepts wachsenden Schwierigkeiten begegnet. Die Gewalt entsteht und entwickelt sich dort, wo der Staat ausfällt, zumindest wird sie als solche wahrgenommen und als umso weniger tolerierbar erlebt, als man von

---

42 Roy, »Groupes de solidarité«.

43 Hassner, »De guerre et paix«, S. 26.

diesem Staat erwartet, dass er sie zurückdrängt. Die Bürger haben umso mehr das Gefühl, dass die Gewalt allgemein zunehme, als sie aus historischen Gründen der Überzeugung sind, dass es Aufgabe des Staates sei, diese zu verhindern, dass ihm dies in der Vergangenheit auch gelungen, er heute dazu aber nicht mehr in der Lage sei. Dort wo der Staat immer schon schwach oder wenig präsent war, sind diese Erwartungen weniger stark. Aus diesem Grunde wird das Gefühl von Unsicherheit unmittelbar zum Gegenstand politischer Forderungen, die in einem Land wie Frankreich, wo man davon ausgeht, dass der Staat massiv ins öffentliche Leben eingreift, mächtiger sind als in Italien, wo dies tatsächlich nie der Fall war und auch nicht erwartet wurde.

Auch in der gegenwärtigen Welt behält der Staat eine entscheidende Rolle bei der Definition und Bekämpfung physischer Gewalt, wenn diese nicht von ihm ausgeht. Aber Max Webers berühmte Formel eines staatlichen Monopols der legitimen physischen Gewaltanwendung deckt nicht mehr alle Aspekte seines diesbezüglichen Handelns ab und noch weniger dessen Ausfall. Gleichzeitig muss sich jeder, der die gegenwärtige Gewalt untersuchen will, zwar auf eine Achse beziehen, die diese mit dem Staat verbindet, ohne diesen jedoch zum Alpha und Omega jeder Analyse zu machen. Es ist deshalb nicht paradox, dass sich das Nachdenken über die gegenwärtige Phase und jenes über die Vorgeschichte insofern begegnen, als Letzteres uns einlädt, zum Beispiel mit Jean Guilaine und Jean Zammit, die Gewalt nicht aus der Erfahrungswelt des prähistorischen Menschen auszuschließen und den Krieg nicht auf »eine eng mit der Herausbildung von Städten, dem Aufbau von Staaten und deren Zwängen verbundene Strategie« zu beschränken.<sup>44</sup>

---

44 Guilaine/Zammit, *Le sentier de la guerre*, S. 325.